



21.063

**Maximal 10 Prozent des Einkommens
für die Krankenkassenprämien
(Prämien-Entlastungs-Initiative).
Volksinitiative
und indirekter Gegenvorschlag****Maximum 10 pour cent du revenu
pour les primes d'assurance-maladie
(initiative d'allègement des primes).
Initiative populaire
et contre-projet indirect***Differenzen – Divergences***CHRONOLOGIE**

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.06.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.06.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.22 (FRIST - DÉLAI)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.11.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.02.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.09.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.09.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.09.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.09.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die verbleibenden Differenzen beraten wir in einer einzigen Debatte.

de Courten Thomas (V, BL): Wir befinden uns hier in der Differenzbereinigung. Es sind noch wenige Differenzen übrig. Das Ziel ist, dass wir dieses Kapitel noch vor Ende der Legislatur abschliessen. Deshalb möchte ich Ihnen nahelegen, dass wir Differenzen mit dem Ständerat möglichst bereinigen, anstatt sie aufrechtzuerhalten. Bei der vorliegenden Differenz ging es in der Kommission um einen äusserst knappen Entscheid. Die Sitzung wurde von der Vizepräsidentin geleitet, und sie hat mit Stichentscheid entschieden, dass ich in der Minderheit und nicht in der Mehrheit bin. Wäre die Präsidentin anwesend gewesen, so wäre es wahrscheinlich umgekehrt gewesen – aber das spielt keine Rolle.

Es geht im Wesentlichen darum, dass wir uns einig sind, dass die Kantone verpflichtet werden sollen, einen Teil der Kosten zu übernehmen. Fraglich ist noch, wer den Anteil genau festlegt. Wir sind der Auffassung, dass hier keine neue Kompetenz für den Bundesrat eingeführt werden soll. Vielmehr soll die Berechnung dieses Kostenanteils, nämlich die Berechnung der Prämie und die Berechnung des verfügbaren Einkommens, die für die Prämienverbilligung entscheidend sind, in der Hoheit der Kantone bleiben, wie der Ständerat es beschlossen hat; dies auch deshalb, weil die Steuerregimes und die Prämienverbilligungsregimes in den Kantonen entsprechend ausgestaltet werden sollen.

Ich bitte Sie deshalb, bei dieser geringen Differenz zugunsten der Kantone, zugunsten des Föderalismus zu entscheiden und damit dem Ständerat zu folgen. Dann hätten wir diese Differenz ausgeräumt.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Ich bitte Sie eindringlich, hier meiner Minderheit I zu folgen und damit auch der Variante des Bundesrates. Sie wissen es: Die Krankenkassenprämien sind eine grosse Sorge für die Bevölkerung, vor allem für Leute mit tiefen Löhnen, aber bereits auch schon für die Mittelschicht und speziell



für Familien. Wir haben jetzt dann wieder eine Erhöhung, wir haben Mieten, die steigen, Energiekosten, die steigen usw.

Wir sehen leider, wie es zunimmt, dass sich Leute nicht mehr über die Krankenkasse versichern oder sie nicht zum Arzt oder zur Ärztin gehen, dass sich ihr Zustand am Schluss verschlimmert und sich die Kosten dadurch erhöhen. Das widerspricht dem Ziel des Krankenversicherungszustandsgesetzes. Da sollten gemäss Definition alle versichert sein und alle auch einen Zugang zu den Gesundheitsleistungen haben. Denn gesund zu sein und Zugang zum Gesundheitssystem zu haben, sind ein Grundbedürfnis und ein elementares Menschenrecht.

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Krankenkassenprämien verdoppelt. Der Staat hat gleichzeitig weniger Mittel investiert. Mit der Kopfprämie wird es fatal: Leute mit tiefen und mittleren Löhnen leiden. Die Krankenkassenverbilligung greift heute leider zu wenig stark. Die Richtgrösse, die wir bei der Einführung des KVG hatten, lautete, das Haushaltsbudget solle zu etwa 8 Prozent belastet sein. Heute sind wir deutlich über diesem Wert, teilweise bei 14 Prozent oder sogar bei 15 Prozent. Das ist untragbar.

Der Entwurf des Bundesrates sieht nun Folgendes vor: Wenn die Prämien weniger als 10 Prozent des Einkommens – angelehnt an die Initiative – ausmachen, dann soll der Mindestanteil der Kantone 5 Prozent betragen. Das ist ja schon weniger, oder anders gesagt: Die Kosten für die Leute sind höher, als es bei der Gründung die Idee war. Aber es ist immerhin ein vernünftiger und zielgerichteter Vorschlag gegen die Armut. Es ist immer noch für viele genügend hoch, aber es ist eben ein sinnvoller Kompromiss.

Bei 11 Prozent, wie es die Mehrheit beantragt, sind schon wieder sehr viele Menschen draussen; gerade der Mittelstand ist davon betroffen. Ein Mindestanteil des Kantons von 3,5 Prozent bedeutet deutlich weniger Mittel. Damit greift die Krankenkassenprämien-Verbilligung wieder für zu wenige, und gerade für Leute in bescheidenen Verhältnissen ist jeder Franken zentral.

Seien wir also grosszügiger, grossmütiger und auch realistischer in Bezug auf das Haushaltsbudget. Denken wir gerade heute – wir feiern 175 Jahre Schweizer Bundesverfassung – an die Präambel derselben: "und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen". Diese Krankenkassenprämien-Verbilligung und die Gewährung des Zugangs für alle zu den Gesundheitsdiensten sollten es uns wert sein – die Höhe der Krankenkassenprämien ist hier zentral.

Ich bitte Sie, meiner Minderheit zuzustimmen.

Meyer Mattea (S, ZH): Eine vierköpfige Familie wird nächstes Jahr 1000 Franken mehr an Krankenkassenprämien zahlen müssen. Es droht ein Anstieg von 7 bis 9 Prozent, und das, nachdem es schon dieses Jahr einen Anstieg von über 6 Prozent gab und die Versicherten über 2,4 Milliarden Franken mehr Prämien bezahlt haben.

Zu Recht sind die Krankenkassenprämien die Sorge Nummer eins der Menschen in diesem Land. Wie die Mehrheit im Parlament auf diese Sorge reagiert, ist schlicht ungenügend. Der Nationalrat hat vor einem Jahr einem substanziellen Gegenvorschlag zugestimmt. Der Prämientopf für Familien und für Einzelpersonen mit tiefen und mittleren Einkommen wäre verdoppelt worden, weil es eine Entflechtung gegeben hätte: Prämien für Ergänzungsleistungsbeziehende und eine Prämienentlastung für den Rest. Der Ständerat fand in einem ersten Schritt, es brauche gar nichts, es brauche keinen Gegenvorschlag. In einem zweiten Schritt war er immerhin so vernünftig, einem Gegenvorschlag zuzustimmen. Dieser ist aber derart ungenügend, dass die 360 Millionen Franken nicht mal einen Bruchteil der Kosten der Prämienexplosion von diesem Jahr, geschweige denn der Kosten der Prämienexplosion vom nächsten Jahr abdecken. Das ist ein schlechter Witz.

Nun möchte eine Mehrheit der Kommission in unserem Rat dem Ständerat folgen, von einem substanziellen Gegenvorschlag absehen und die Menschen mit ihren aufgrund der Rechnungen steigenden Kosten im Stich lassen. Wir haben 2020 die Prämien-Entlastungs-Initiative eingereicht, weil die Prämienbelastung der Menschen schon damals enorm war. Jetzt ist die Situation noch dramatischer geworden. Wir haben hier vor einem Jahr Hand geboten für einen Gegenvorschlag. Wir haben in einem zweiten Schritt sogar nochmals Hand geboten, sind mit einem etwas abgespeckteren Gegenvorschlag nochmals auf Sie zugekommen. Bei diesem hätte

AB 2023 N 1533 / BO 2023 N 1533

der Bund nicht mehr 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenversicherung, sondern lediglich noch 7 Prozent übernehmen sollen. Aber nicht einmal das will die Mehrheit hier. Ich bitte Sie deswegen, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Weshalb ist das so wichtig? Ursprünglich wurde bei der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung das folgende Versprechen gemacht: Wenn es schon eine unsoziale Kopfprämie gibt und die Managerin genau gleich viel Prämie bezahlen muss wie die Kita-Mitarbeiterin, soll es wenigstens ein soziales Korrektiv namens Prämienentlastung geben; kein Haushalt soll mehr als 8 Prozent dafür aufwenden müssen. Das sind nicht



Almosen, die hier verteilt werden. Das ist ein sozialer Ausgleich für eine breite Bevölkerungsschicht, der nicht mehr greift.

Weshalb greift er nicht mehr? Weil sich die Kantone seit Jahren aus der Verantwortung nehmen. Wir haben heute 17 Kantone, die bei ihrer Prämientlastung in den letzten zehn Jahren gekürzt haben; wir haben 21 von 26 Kantonen, die im Jahr 2022 nicht mal ihr Budget für die Prämienverbilligung ausgeschöpft haben, das sie ursprünglich gesprochen hatten. Dieses Geld, das nicht mehr für die Prämientlastung bezahlt wird, zahlt jemand anders, und das sind die Menschen in diesem Land. Sie zahlen im Schnitt 14 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämie. Die zentrale Frage ist ja nicht, was das kostet – ja, die Kosten sind da –, sondern die zentrale Frage ist: Wer finanziert was? Wir sind nicht mehr bereit, zu akzeptieren, dass die Menschen in diesem Land einen immer grösseren Anteil zahlen sollen.

Vielleicht an die bürgerliche Ratsseite hier drin: Sie sind sonst immer gegen jegliche Steuererhöhungen, gegen Steuererhöhungen für private Konzerne, gegen Steuererhöhungen für die Menschen. Aber hier lassen Sie es einfach durchgehen, dass Menschen Jahr für Jahr mehr Steuern im Sinn von Kopfprämien für die Krankenkassen bezahlen.

In dem Sinne bitte ich Sie wirklich, auf den ursprünglichen Gegenvorschlag des Nationalrates zurückzukommen, das aber in einer abgespeckten Variante zu tun und meiner Minderheit II zuzustimmen.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Wir haben ein sehr gutes Gesundheitssystem, aber wir haben eben auch ein sehr teures Gesundheitssystem. Problematisch daran ist die Verteilung der Kosten. Die Patientinnen und Versicherten werden immer stärker geschröpft, weil nämlich der prämienfinanzierte Teil gegenüber dem steuerfinanzierten Teil der Gesundheitskosten viel stärker ansteigt. In kaum einem anderen Land bezahlen die Menschen so viel an die Gesundheitskosten wie in der Schweiz. Diese setzen sich zusammen aus der Franchise, aus dem Selbstbehalt, aus den selbstbezahlten Medikamenten und eben aus der Kopfprämie.

Weil die Kopfprämie die unteren und mittleren Einkommen übermässig belastet, wurde bei der Einführung des Obligatoriums gleichzeitig das Instrument der Prämienverbilligung eingeführt, und zwar mit dem Versprechen, dass die Belastung der einzelnen Haushalte durch die Prämien im Lot bleiben werde. Aber diese Belastung ist längstens aus dem Lot geraten. Die Schmerzgrenze ist überschritten. Die Prämien steigen und steigen, und der nächste Prämienhammer steht bevor.

Gleichzeitig bleiben Bund und Kantone die Einhaltung des Versprechens schuldig, die Prämienverbilligung dieser Entwicklung anzupassen. Zwischen 2010 und 2020 haben neun Kantone ihre Beiträge gesenkt, bei acht Kantonen sind sie praktisch unverändert geblieben. Im gleichen Zeitraum kannten die Prämien nur eine Richtung, nämlich die nach oben. Umso störender ist dieses unverantwortliche Verhalten der Kantone, wenn man bedenkt, dass sie 2021 3 Milliarden Franken und 2022 3,3 Milliarden Franken Überschuss gemacht haben. Wir haben heute eine einmalige Chance, ja, wir stehen in der Pflicht, unser Versprechen einzulösen und die Prämienlast auf ein erträgliches Mass zurückzuführen. Wir stehen in der Pflicht, die Haushalte, die unter steigenden Mietzinsen, steigenden Strompreisen und eben steigenden Prämien leiden, nicht im Stich zu lassen. Wir können mit dem von unserem Rat erarbeiteten Gegenvorschlag, dem ursprünglichen, eine sofortige und wirksame Entlastung des unteren Mittelstands erreichen.

Die SP-Fraktion bittet Sie, den Anträgen der Minderheit II (Meyer Mattea) und dem ursprünglichen Gegenvorschlag des Nationalrates zuzustimmen.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Avec la hausse qui s'annonce, la prime moyenne dans la plupart des cantons de notre pays représentera environ 20 pour cent du revenu d'un couple de retraités touchant une rente moyenne, et environ 15 pour cent du revenu d'un ménage avec deux enfants et un revenu moyen. C'est la réalité qui se prépare, qui fait peur à beaucoup de monde, et qui devrait inquiéter tout le monde dans ce Parlement.

Ma question est la suivante: vous qui, dans ce Parlement, trouvez que l'impôt fédéral direct, qui est plafonné à 7 pour cent du revenu des plus riches, est trop élevé; pourquoi tolérez-vous qu'on prélève jusqu'à 20 pour cent du revenu de celles et ceux qui ont un revenu moyen ou modeste? Pourquoi n'acceptez-vous pas un plafonnement dans l'impôt sur la prime maladie, alors qu'il y a des plafonds pour tous les autres impôts? Le seul impôt qui n'est pas plafonné dans ce pays est la prime maladie, qui touche les gens qui ont des revenus modestes ou moyens. Pourquoi est-ce seulement cet impôt qui n'est pas plafonné et pourquoi refusez-vous de plafonner cet impôt, comme on le fait pour tous les autres? Est-ce parce que les grands sponsors, qui financent les campagnes électorales, ne sont pas concernés par cette prime maladie? Est-ce parce que la majorité des personnes qui siègent dans ce Parlement ne souffrent en fait pas de cette prime maladie – est-ce la raison pour laquelle on laisse la prime augmenter sans limites?

Je vous le dis, chères et chers collègues: tant que nous ne plafonnerons pas la prime maladie, il n'y aura pas



de mesure sérieuse prise sur les coûts. Tant que la solution de facilité sera d'augmenter la prime, alors on laissera les lobbyistes continuer à faire la loi, à chaque fois qu'il s'agira de prendre une mesure sur les coûts. Tant qu'on n'aura pas plafonné les primes d'assurance-maladie, on laissera les coûts augmenter sans limites et la solution de facilité sera d'augmenter la prime. Si l'on devait augmenter l'impôt fédéral direct, l'impôt sur les bénéfices des sociétés, l'impôt sur le capital des sociétés ou l'impôt sur les successions; si chaque fois que les coûts de la santé augmentaient, on devait augmenter l'un de ces impôts, je peux vous dire que l'on sortirait très rapidement les lobbyistes des commissions et que l'on prendrait vite des mesures, y compris même par le droit d'urgence du Conseil fédéral, si cela était nécessaire.

Vous avez ici l'occasion de faire quelque chose d'efficace. Nous vous invitons vraiment à adopter la proposition de la minorité II (Meyer Mattea), qui est raisonnable et pragmatique, qui aurait enfin un effet pour éviter ces hausses de primes qui accablent la population.

Ainsi, au nom du groupe socialiste, je vous invite à suivre au moins cette minorité.

Weichelt Manuela (G, ZG): Die Hoffnung, mit der Prämienvverbilligung das unsoziale Kopfprämiensystem abzuschwächen, muss heute, nach 27 Jahren, als gescheitert bezeichnet werden. Ich habe mir die Augen gerieben, als ich gesehen habe, dass heute zehn Kantone weniger in den Topf der Prämienvverbilligung zahlen als noch im Jahr 2012, obwohl die Prämien massiv gestiegen sind; das sind die Kantone Wallis, Thurgau, Nidwalden, Luzern, Zug, Graubünden, Uri, Obwalden, Fribourg und Appenzell Innerrhoden.

Die Zeit ist reif für einkommensabhängige Prämien. Das zeigt auch die Bevölkerungsumfrage, welche "Watson" die letzte Woche publiziert hat. 56 Prozent der Bevölkerung möchten einkommensabhängige Prämien. Der Bundesrat hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und hält an den unsozialen Kopfprämien fest. Diese Diskussion führen wir später, wenn wir meine Motion behandeln.

Die Prämienvverbilligung ist leider, leider ein Auslaufmodell, das nun in einer Übergangsphase noch verbessert werden muss, damit die Haushalte so gut wie möglich entlastet

AB 2023 N 1534 / BO 2023 N 1534

werden. Für die grüne Fraktion ist es klar, dass heute die Variante mit der stärksten Entlastung zu wählen ist, um die enorme Belastung der Haushalte zu mildern.

Nun zum Antrag der Minderheit de Courten, welcher einen noch grösseren Flickenteppich in der Schweiz bewirken will: Kollege de Courten möchte es zulassen, dass wir 46 Definitionen von "Einkommen" und "Prämien" zur Berechnung der Prämienvverbilligung haben. Der Föderalismus hat da seine Grenzen. Die grüne Fraktion will keinen weiteren Flickenteppich und lehnt den Antrag der Minderheit de Courten ab.

Die grüne Fraktion unterstützt den Konzeptantrag der Minderheit I (Prelicz-Huber) und damit teilweise den Bundesrat: Wir wollen die Kantone nicht noch weiter aus ihrer Pflicht entlassen. Sie sollen sich mit mindestens 5 Prozent der Bruttokosten beteiligen, wenn die Prämien weniger als 10 Prozent des Einkommens betragen. Der Bundesrat ist nun wirklich kein Freund von einer wirksamen Prämienvverbilligung. Der Antrag des Bundesrates zu Artikel 65 Absatz 1 quater Buchstabe a KVG ist jedoch das Mindeste, was wir für unsere stark belasteten Haushalte machen können.

Auch ist für die grüne Fraktion klar, dass die Prämien für Personen mit Ergänzungsleistungen nicht über den Topf der Prämienvverbilligung bezahlt werden dürfen, sondern aus der EL-Kasse bezahlt werden sollen. Warum? Weil die Zahl der Personen mit EL immer weiter ansteigt und die Prämien von diesen Personen übernommen werden müssen. Dies kann aber nicht auf Kosten von Personen über dem Existenzminimum gehen.

Die grüne Fraktion unterstützt die Minderheit II (Meyer Mattea) mit der gleichen Argumentation. Allerdings sind wir nicht begeistert, nochmals einen Kompromiss auf Kosten der belasteten Haushalte zu machen.

Besten Dank, wenn Sie die Anträge der Grünen unterstützen.

Nantermod Philippe (RL, VS): L'initiative qui nous est proposée, en lien avec le contre-projet, pose sans doute une bonne question, mais l'adresse à la mauvaise personne. Ce sont eux qui sont compétents pour réduire les primes d'assurance-maladie, pour une raison simple: ce sont les cantons qui sont responsables de la hausse des primes d'assurance-maladie. 40 pour cent des coûts sont directement liés aux hôpitaux. Au cours des derniers mois, on a pu voir les cantons augmenter unilatéralement les charges des hôpitaux et les faire porter directement aux assureurs-maladie, donc aux assurés, aux payeurs de primes.

Les cantons ont plusieurs casquettes. Ils sont propriétaires des hôpitaux, mais planifient également le monde hospitalier. Ils sont, à la fin, les autorités de décision concernant les tarifs. Ils décident ainsi combien on paie, qui on paie, quand on paie et comment on paie. Les cantons sont responsables de la hausse des coûts, et



ce sont ceux qui se permettent le plus de faire la leçon à la Confédération. Comme nous l'avons vu au cours des débats, les cantons sont aussi ceux qui se sont permis, au cours des dernières années, de faire des économies sur les réductions individuelles de primes.

Le contre-projet proposé aujourd'hui répond en grande partie à ces problématiques, puisque les cantons auront la responsabilité, avec le taux maximum de paiement de prime qui est prévu dans la loi, de dire exactement à quelle sauce leurs citoyens seront mangés. Ce sont aux Grands Conseils, à des citoyens élus, dans un processus transparent, de fixer le taux de subventionnement, et pas à la Confédération. La réduction individuelle de primes s'inscrit d'ailleurs dans un système social global, qui inclut aussi les allocations familiales et d'autres aides sociales qui concernent les familles. On ne peut donc pas uniquement les modifier sans égard aux autres modèles sociaux.

Pour le groupe libéral-radical, la solution proposée par la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national est la bonne. D'une part, elle impose aux cantons de fixer le système de réduction de primes dans un mécanisme transparent, qui permet de comparer les solutions adoptées d'un canton à un autre et le niveau social que chaque canton choisit, mais elle impose aussi aux cantons d'assumer les conséquences de leurs choix et de payer ces réductions individuelles des primes.

Il appartient aux cantons d'assumer le résultat de ces politiques de santé publique qui ont souvent comme conséquence d'augmenter massivement les primes d'assurance-maladie.

Je conclurai enfin mon intervention en évoquant le fait que nous sommes à une époque où les cantons ont tous affiché, à la sortie de la crise du COVID-19, des résultats économiques et financiers assez indécents au regard de la crise traversée. Pendant que la Confédération s'est endettée au-delà de 30 milliards de francs, chaque canton a clôturé ses comptes avec un bénéfice, se vantant d'ailleurs de ces résultats.

Du point de vue du groupe libéral-radical, la responsabilité qu'on exige de chaque citoyen incombe aussi aux cantons. Ces derniers doivent faire preuve d'une certaine responsabilité vis-à-vis des payeurs de primes et des payeurs d'impôts, en utilisant cet argent pour mettre en oeuvre leur propre politique publique.

Pour ces raisons, le groupe libéral-radical suivra la majorité et la version du Conseil des Etats.

Lohr Christian (M-E, TG): Wir sind bei einem Geschäft in der Differenzbereinigung, das jetzt dann endlich einen seriösen Abschluss braucht, nachdem die beiden Kammern – das haben wir ja in den letzten Monaten erlebt – anfänglich wenig konstruktiv zusammengearbeitet haben. Auch die Chambre de Réflexion hat noch einmal nachgedacht, damit wir heute hier stehen können.

Wir müssen dieses Geschäft als dringlich erachten, weil wir in den letzten Wochen erfahren haben, dass die Prämienverbilligung bei Bund und Kantonen von einer hohen Wichtigkeit, von einer hohen Dringlichkeit ist. Wir werden uns Ende des Monats mit einem Prämienchock konfrontiert sehen, wie wir ihn wohl noch selten zuvor erlebt haben. Für viele Leute ist er jetzt schon ein Schreckgespenst. Wir müssen gut darauf vorbereitet sein und wissen, was wir damit machen und wie wir damit umgehen sollen.

Für uns war es irritierend, in den letzten Wochen in den Medien zu lesen, wie viele Kantone in den letzten Jahren ihre Beiträge sogar prozentual reduziert haben und damit ihren Verpflichtungen – das muss man mit aller Deutlichkeit sagen – zu wenig nachgekommen sind. Das geht so nicht. Das müssen wir den Kantonen auf diesem Weg schon einmal ganz deutlich sagen.

Das heisst aber noch lange nicht, dass wir – und das ist bei der Vorlage in dieser Form, die wir heute beraten, eben der Fall – Sachen verlangen, die die Kantone nicht erfüllen können. Wir müssen etwas verlangen, bei dem das Engagement der Kantone und die fairen und klaren Vorgaben gewährleistet sind.

Ja, die Kantone haben eine Eigenverantwortung, und diese müssen sie – ich betone es nochmals – wahrnehmen. Die Mitte-Fraktion unterstützt den aktualisierten Kurs des Ständerates, weil sie überzeugt ist, dass nur dies ein machbarer Weg ist. Wir sprechen uns – das möchte ich auch gleich deutlich sagen – hier für die Minderheit de Courten aus, weil wir finden, dass das ein vernünftiger Ansatz ist.

Ich habe durchaus Verständnis gehabt, als ich vorhin gehört habe, wie man bezüglich der Prämienentwicklungen aus allen Rohren geschossen hat. Das ist richtig, die Belastung gerade für den Mittelstand – ich betone: für den Mittelstand – wird unerträglich. Da muss gehandelt werden. Wir haben in den nächsten Tagen und Wochen aber auch noch in ganz anderen Geschäften genügend Gelegenheit zum Handeln und müssen auch dort aktiv sein.

Bei all diesen verständnisvollen Äusserungen muss man schon aufpassen, dass man die finanzpolitischen Überlegungen nicht ganz ausser Acht lässt. Es ist richtig: Man kann höhere Kantonsbeiträge fordern. Das hat aber nichts anderes zur Folge, als dass die Kantone Steuergelder in die Hand nehmen müssen. Wir wissen genau, was das bedeutet: Wenn man Steuergelder für solche Aufgaben benützt, dann fehlen sie an einem anderen Ort, und dann wird uns das dann auch irgendwann um die Ohren fliegen. Wir müssen uns also bewusst



sein: Wir müssen heute bei allem Verständnis dafür, dass jetzt ein höherer Druck herrscht, vernünftige,

AB 2023 N 1535 / BO 2023 N 1535

einigermassen austarierte Lösungen beschliessen. Ich hoffe, dass wir in der Lage sein werden, dieses Geschäft bis Ende der Session zu erledigen.

Gysi Barbara (S, SG): Geschätzter Kollege Lohr, wie erklären Sie der Bevölkerung, dass die Mitte-Partei jetzt plötzlich weniger Prämienverbilligung haben will? Es gibt einen Bericht, der auf das Postulat Humbel 17.3880 zurückgeht und der klar aufzeigt, wie "schmürzelig" die Kantone unterwegs sind. Wie erklären Sie der Bevölkerung, dass Sie die Leute jetzt hängenlassen?

Lohr Christian (M-E, TG): Ich finde es eine anmassende Äusserung, dass wir die Kantone hängenlassen. Wir sind sehr wohl bereit, uns auch für höhere Prämienverbilligungen auszusprechen. Aber wir sehen eben auch noch die andere Seite, und das habe ich gesagt: Es muss eine Lösung sein, die von den Kantonen auch umgesetzt wird. Sie sehen ja, was in den letzten Jahren passiert ist. Die Umsetzung liegt in der Verantwortung der Kantone. Wir haben ein föderales System, das wir hier nicht einfach aushebeln können und auch nicht aushebeln wollen.

de Courten Thomas (V, BL): Ich muss zwei Dinge vorausschicken, bevor ich auf die Details eingehe. Wir diskutieren hier über die Prämien-Entlastungs-Initiative bzw. den indirekten Gegenvorschlag. Das Parlament hat klar gesagt, dass es keine Zustimmung zu dieser Initiative empfehlen will. Es erarbeitet jetzt einen Gegenvorschlag, um die Initianten möglichst noch dazu zu motivieren, ihre Initiative zurückzuziehen. Wir sind hier also am Dealen.

Jetzt geht es noch darum, wie hoch die Beiträge sein sollen, die die Kantone verpflichtend auszahlen müssen, um ein Problem zu lösen: die steigenden Prämien. Nur, das Grundproblem packen wir damit in keiner Art und Weise an – die Gesundheitskosten steigen weiter. Mit der Prämienverbilligung suggerieren wir der Bevölkerung, dass wir das Problem lösen würden, dabei eskaliert es weiter. Auch in den kommenden Wochen wird wieder bekannt gegeben: Die Gesundheitskosten steigen weiter. Mittlerweile sind wir so weit, dass wir einen Grossteil des unteren Mittelstandes mit Prämienverbilligungen unterstützen, damit er diese Last überhaupt tragen kann. Mir wäre es sehr viel lieber, wenn wir das Grundproblem anpacken würden: die steigenden Gesundheitskosten.

Beim Dealen mit dem Ständerat haben wir das letzte Mal das von uns erarbeitete Modell mit der Abtrennung der Ergänzungsleistungsthematik unterstützt. Dieses Modell ist im Ständerat schlicht und einfach durchgefallen, komplett durchgefallen. Im Ständerat sagte der Kommissionssprecher, dass der Beschluss des Nationalrates für die Mehrheit absolut kein Thema sei. Man hat gesagt, es sei masslos überzogen, es sei quasi ein "Doppelwumms", den der Nationalrat gemacht habe, indem er die Ergänzungsleistungen ausnimmt und die Vorlage des Bundesrates übernimmt.

Das ist die Ausgangslage, die wir jetzt gegenüber dem Ständerat haben. Wir befinden uns in der Differenzbereinigung. Wir sollten einen Schritt auf den Ständerat zu machen. National- und Ständerat haben in Artikel 65 Absatz 1ter übereinstimmend beschlossen, dass die Kantone Mindestbeiträge an die Prämienverbilligung zu leisten haben. In Absatz 1quater des gleichen Artikels geht es darum, festzulegen, wie hoch die Mindestbeiträge in Prozenten der kantonalen Bruttokosten sein sollen. Als Maximalbetrag sehen National- und Ständerat 7,5 Prozent vor, gleich hoch wie der Bundesbeitrag, wie Sie auch Buchstabe b entnehmen können.

National- und Ständerat unterscheiden sich beim Mindestanteil. Der Nationalrat und der Bundesrat sehen einen Mindestanteil von 5 Prozent der kantonalen Bruttokosten vor, wenn die Prämien durchschnittlich weniger als 10 Prozent des Einkommens der 40 Prozent einkommensschwächsten Versicherten ausmachen. Das würde zu Mehrkosten von rund 490 Millionen Franken führen, dies zulasten der Steuerzahler.

Der Ständerat sieht einen Mindestanteil von 3,5 Prozent der kantonalen Bruttokosten vor, wenn die Prämien durchschnittlich weniger als 11 Prozent des Einkommens der 40 Prozent einkommensschwächsten Versicherten ausmachen. Das würde zu Mehrkosten von immer noch 356 Millionen Franken führen. Auch das ist ein erklecklicher Betrag. Wir werden auch mit den Modellen gemäss Minderheit I (Prelicz-Huber) und Minderheit II (Meyer Mattea) keine Annäherung an den Ständerat schaffen.

Ich beantrage, dem Ständerat zu folgen und die Differenz auszuräumen. Der Ständerat hat sorgfältig eine Alternative zum Entwurf des Bundesrates ausgearbeitet. Es ist ein gangbarer Weg, um einen Schritt weiterzukommen.

Gysi Barbara (S, SG): Herr Kollege de Courten, Sie sprechen die Kosten an und sagen, Sie wollten dort anset-



zen. Aber auch da: Warum hat die SVP-Fraktion dann einen Nichteintretensantrag beim Kostendämpfungspaket gestellt? Warum wollten Sie keinen indirekten Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative? Warum wollen Sie jetzt nichts bei der Prämienverbilligung tun? Es ist doch einfach doppelbödig, was Sie hier erzählen.

de Courten Thomas (V, BL): Das sehe ich in keiner Art und Weise so. Wir haben immer mitgearbeitet, um einen Kompromiss auszuarbeiten. Wir haben mit unserer Position zur grundlegenden Lösung des Problems beitragen wollen. Ihre Seite hingegen ist nicht bereit, hier einen substanziellen Beitrag zu leisten, weil sie permanent das Leistungsangebot ausbaut, weil sie permanent den Kreis der Bezüger ausweitet, weil sie permanent die Anzahl der Leistungsabrechner erhöht. Damit kommen wir keinen Schritt weiter. Wir sollten das Grundproblem der steigenden Kosten lösen.

Mettler Melanie (GL, BE): Als gewählte Volksvertretungen kennen wir alle die Sorgenbarometer. Zuoberst stehen aktuell die steigenden Krankenkassenprämien. Wohlgemerkt: Diese Umfrage wurde durchgeführt, noch bevor die erneut steigenden Prämien verkündet wurden. Das Thema beschäftigt die Bevölkerung also und wird intensiv öffentlich diskutiert. Der Moment, in dem wir hier die Vorlage zu den Krankenkassenprämien diskutieren, ist einer von jenen, in welchen die Diskussionen innerhalb und ausserhalb der Bundeshauskuppel sehr nahe beieinander liegen. Es ist also der ideale Zeitpunkt, um der Bevölkerung zu zeigen, dass wir in der Lage sind, Bewegung in das Thema der Belastung durch Krankenkassenprämien zu bringen und Lösungen mitzutragen.

Wenn ich mir aber den aktuellen Mehrheitsantrag ansehe, ist das noch kein Anpacken. Es ist eher ein freundliches Zuwinken, um zu zeigen, dass wir uns auch noch ein bisschen mit dem Thema beschäftigen. Das ist auch für Symbolpolitik schon fast zu wenig. Aber zum Glück haben Sie heute hier die Möglichkeit, mehr als nur ein Zeichen zu setzen. Sie können für eine echte Entlastung sorgen, wenn Sie der Minderheit folgen. Dafür braucht es aber einen klaren Entscheid, sich nicht in ideologischen Gräben zu verstecken. Die Versionen von Ständerat und Bundesrat werden der Realität nicht gerecht. Sie würden gerade mal die anstehenden Prämien erhöhungen kompensieren, wenn überhaupt.

Wir von der grünliberalen Fraktion wollen kein Giesskannensystem, wir wollen aber auch kein Rasenmähersystem. Wir fühlen uns zuständig für die vielen einkommensschwachen Haushalte, für die Familien des unteren Mittelstands, die rasch an finanzieller Handlungsfreiheit verlieren. Klar, die Krankenkassenprämien sind ein System mit Kopfprämien, und für den sozialen Ausgleich in der Schweiz gibt es die Steuerprogression sowie bedarfsgerechte Entlastungen. Auch dazu stehen die Grünliberalen. Aber schauen Sie sich mal die Budgets der unteren Einkommen an. Dort sind die Steuern nur von marginaler Bedeutung und können daher auch nicht mehr differenzierend und wirklich ausgleichend wirken. In diesen Einkommensklassen sind Mieten und Krankenkassenprämien viel bedeutender, speziell bei den Familien. Wenn wir also verhindern wollen, dass diese Haushalte abgehängt werden, müssen wir dort ansetzen. Prämienverbilligungen sind ein erprobtes, bedarfsgerechtes Instrument, mit dem es mit relativ wenig Streuverlust möglich ist, am richtigen Ort zu entlasten. Ich bitte Sie daher, die Minderheit II (Meyer Mattea) zu unterstützen.

AB 2023 N 1536 / BO 2023 N 1536

Es bleibt selbstverständlich die Aufgabe, die Ursachen anzugehen, nämlich die steigenden Gesundheitskosten in einer rasch alternden Gesellschaft. Das ist und bleibt eine herausfordernde Aufgabe und ist in Anbetracht der Fachkräftesituation in der Pflege, der längst fälligen Digitalisierung und der immer grösser werdenden Versorgungsschwierigkeiten aufwendig. Die Grünliberalen rufen auch hier alle Akteure auf, sich aus ihren Gräben zu bewegen und zumindest die bereits erarbeiteten Lösungen mit Kraft voranzubringen. Aber wir dürfen diese Arbeit hinsichtlich der Ursachen nicht gegen die Entlastung der Haushalte ausspielen – sie entstand ja auch gerade, weil wir uns in einer Blockade, in einem fortwährenden Reformstau befinden. Auch hier gilt: Wir sollten uns fürs Gesamte zuständig fühlen.

Der Antrag der Minderheit II (Meyer Mattea) ist ein sinnvolles Konzept. Er lässt die aktuellen Zuständigkeiten gleich bestehen. Die Kantone sind also nach wie vor am Steuer, wenn es um die Umsetzung geht. Er legt aber klar fest, dass es in Sachen Prämienverbilligungen einen grossen Schritt vorwärtsgehen muss. Mit Blick auf die Volksinitiative, die einen kompletten Umbau mit deutlich mehr Kompetenzen für den Bund fordert, ist das definitiv der bessere Ansatz.

Bei Artikel 65 Absatz 1a unterstützen wir den Mehrheitsantrag. In Zeiten von Steuer- und Baubegriffsharmonisierungen muss es möglich sein, auch hier ein bisschen aufzuräumen. Wenn die Kantone das gleich als zu grossen Eingriff sehen, der ihre Eigenständigkeit gefährdet, dann sind wir definitiv in der Blockade angelangt, die wir lediglich mit etwas Mut zur Lösung überwinden können.



Berset Alain, président de la Confédération: Je vais prendre position sur ces deux points. Tout d'abord, sur l'inscription d'un objectif social. Vous connaissez la position du Conseil fédéral: cela ne nous semblait pas absolument indispensable. Par contre, nous estimons également que c'est compatible avec le contre-projet du Conseil fédéral, pour autant que deux conditions soient remplies.

La première, c'est que cet objectif social complète le contre-projet du Conseil fédéral et n'en remplace pas certains éléments. La seconde condition, c'est que la compétence du Conseil fédéral pour définir la manière de calculer la prime et le revenu disponible soit maintenue. Sinon on arrivera à des comparaisons qui ne tiendront pas la route et on ne pourra donc pas faire usage de cet instrument, ce qui le rendra donc inutile, voire contre-productif.

Si vous souhaitez inscrire cet objectif social, il vous faut donc suivre la proposition de la commission. Nous vivrons aussi très bien sans celui-ci, je vous ai déjà expliqué pour quelles raisons.

Le second élément concerne le contenu du contre-projet. Il y a en fait trois propositions sur la table: le contre-projet du Conseil fédéral, que vous connaissez et qui est soutenu par la minorité I (Prelicz-Huber); le contre-projet du Conseil des Etats, repris par votre commission; une variante du concept du Conseil national, soutenue par la minorité II (Meyer Mattea).

De manière générale, dans les conditions et dans le climat que nous connaissons aujourd'hui – en particulier aujourd'hui, mais même sans cela –, il nous paraît très important d'aboutir à un contre-projet équilibré et qui puisse avoir des effets pour les personnes concernées.

D'un côté, je vous inviterai – cela ne sera pas une surprise pour vous – à suivre la minorité I (Prelicz-Huber) et donc le contre-projet du Conseil fédéral. Le projet de votre commission, même s'il va dans la même direction que celui du Conseil fédéral et s'appuie sur le même concept, en réduit en réalité les effets. Il diminue non seulement, bien sûr, l'impact financier, mais aussi les effets pour les personnes concernées. Cela ne nous paraît pas adéquat: c'est la raison pour laquelle ce contre-projet, soutenu par votre commission, est à notre sens trop peu ambitieux.

D'un autre côté, nous vous invitons également à ne pas suivre la minorité II (Meyer Mattea). D'abord, parce que cela ne correspond pas au contre-projet du Conseil fédéral, évidemment. Ensuite, parce que cela nous paraît de nature à ne pas permettre une solution stable et arrêtée avec le Conseil des Etats.

Cela dit, c'est vrai que ces 7 pour cent des coûts de l'assurance obligatoire que devraient verser les cantons et la Confédération sont en dessous de ce que verse la Confédération. Aujourd'hui, 7,5 pour cent des coûts bruts pour les primes sont versés par la Confédération. C'est nettement moins par les cantons.

Mais, surtout, dans les cantons, il existe d'immenses différences. Des cantons sont bien en-dessus; ils sont peu nombreux. Cela permet aux personnes et aux familles qui y vivent d'avoir un soutien beaucoup plus solide par rapport à l'évolution des primes d'assurance-maladie. Mais beaucoup de cantons sont fortement en-dessous. Cela pose un problème pour les cas extrêmes, où, à la fin, avec ces 7,5 pour cent des coûts bruts, la Confédération finance de facto plus de 80 pour cent, voire près de 90 pour cent de la totalité des réductions de prime dans un canton. Franchement, on se rend compte que la situation n'est plus tenable.

Avec cette argumentation, j'aimerais donc vous inviter à suivre la minorité I (Prelicz-Huber), qui soutient le contre-projet du Conseil fédéral.

Mäder Jörg (GL, ZH), für die Kommission: Ich nehme gerne aus Sicht der Kommission Stellung. Wir befinden uns in der Differenzvereinigung. Der Nationalrat hat damals den Gegenvorschlag des Bundesrates als ungenügend eingestuft, vor allem was das finanzielle Volumen betrifft, und daher einen eigenen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Der Ständerat wollte ursprünglich gar nicht auf einen Gegenvorschlag eintreten, konnte aber von uns mit etwas Nachdruck doch noch dazu bewogen werden. Der Entscheid fiel mit 24 zu 16 Stimmen. In seiner Diskussion hat er einen eigenen Gegenvorschlag erarbeitet, der bezüglich der finanziellen Auswirkungen nochmals milder ausgestaltet ist als derjenige des Bundesrates.

Aktuell gibt es noch zwei Differenzen: ein einzelner Satz und drei Konzeptanträge, die sich gegenüberstehen und den Kern der Differenzen ausmachen. Der eine Satz ist in Artikel 65 Absatz 1a zu finden. Der erste Teil des Absatzes ist unbestritten: "Jeder Kanton legt fest, welchen Anteil die Prämie am verfügbaren Einkommen der Versicherten mit Wohnort im Kanton höchstens ausmachen darf." Der Nationalrat hat aber einen zweiten Satz ergänzt, der wie folgt lautet: "Der Bundesrat legt fest, wie die Prämie und das verfügbare Einkommen zu ermitteln sind." Der Ständerat hat dies mit 31 zu 10 Stimmen mit der Begründung wieder gestrichen, dass die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Kantonen berücksichtigt werden müssten und dass diese Ergänzung hinderlich sei. Dem gegenüber steht die Haltung, dass eine Vergleichbarkeit zwischen den Kantonen von Nutzen ist. Die Kantone werden weiterhin genügend Freiheiten haben, auch wenn der Bundesrat die Begriffsdefinitionen festlegt. In den Gesundheitsbereich übersetzt: Der Bundesrat legt fest, wie die Wirkstoffe genau



benannt werden, die Kantone entscheiden über die Dosierung. Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 12 zu 12 Stimmen mit klarem Stichtentscheid unserer Vizepräsidentin, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Die zweite Differenz präsentiert sich Ihnen in Form von drei Konzeptanträgen. Betroffen sind Artikel 65 Absätze 1quater und 1sexies und Artikel 66 Absätze 2 und 3 KVG, Artikel 3 Absätze 1 und 2 ELG sowie die Übergangsbestimmungen. Die Mehrheit der Kommission hat den Beschluss des Ständerates übernommen, die Minderheit I (Prelicz-Huber) möchte dem Entwurf des Bundesrates folgen. Der Antrag der Minderheit II (Meyer Mattea) beinhaltet eine modifizierte Version des ursprünglichen Beschlusses des Nationalrates. Die Differenz der Minderheit II zu den beiden anderen Konzepten findet sich bei Artikel 65 Absatz 1sexies. Die Minderheit II hält daran fest, dass künftig Vollzugskosten des Kantons, dessen Anteil am Bundesbeitrag nach Artikel 66 und dessen Anteil an der OKP und den EL nicht angerechnet werden können. Dadurch ist das Volumen gemäss dem Antrag der Minderheit II im Vergleich zu den anderen beiden Konzepten massiv höher. Im Vergleich zu unserem letzten Konzept ist das Volumen aber leicht tiefer, da der

AB 2023 N 1537 / BO 2023 N 1537

Bundesbeitrag und damit der maximale Beitrag der Kantone gemäss dem Antrag der Minderheit II 7 statt 7,5 Prozent der Bruttokosten der OKP entsprechen soll. Insgesamt sind Mehrkosten im Bereich von 1,8 Milliarden Franken zu erwarten, davon 750 Millionen Franken bei den Kantonen.

In den anderen beiden Konzepten sind die vorhin genannten Kosten anrechenbar. Der Unterschied zwischen diesen beiden Konzepten findet sich bei Artikel 65 Absatz 1quater. Die Mehrheit der Kommission – gemäss Ständerat – legt die Untergrenze der kantonalen Beiträge auf 3,5 Prozent der kantonalen Bruttokosten fest, wenn die Prämien durchschnittlich weniger als 11 Prozent des Einkommens der 40 Prozent einkommensschwächsten Versicherten ausmachen. Gemäss dem bundesrätlichen Entwurf bzw. gemäss dem Antrag der Minderheit I (Prelicz-Huber) sind es 5 Prozent, wenn die Prämien weniger als 10 Prozent des Einkommens dieser Personengruppe ausmachen. Die Mehrkosten der Kantone lägen gemäss dem Mehrheitsantrag – gemäss Beschluss des Ständerates – bei rund 356 Millionen Franken, gemäss dem Antrag der Minderheit I (Prelicz-Huber), also gemäss Entwurf des Bundesrates, bei 490 Millionen Franken. Der Bund wäre in beiden Fällen nicht von Mehrkosten betroffen.

Die Kommission hat die drei Konzepte einschliesslich Auswirkungen und Chancen beraten und in zwei Abstimmungen ausgemehrt. In der ersten Abstimmung obsiegte mit 14 zu 11 Stimmen der Beschluss des Ständerates gegenüber dem Entwurf des Bundesrates, in der zweiten Abstimmung obsiegte mit 13 zu 10 Stimmen der Beschluss des Ständerates gegenüber dem Antrag der Minderheit II (Meyer Mattea).

In diesem Sinne bittet Sie die Kommission, der Mehrheit und somit dem Ständerat zu folgen.

Roduit Benjamin (M-E, VS), pour la commission: Nous abordons aujourd'hui le premier des quatre gros dossiers de la session concernant la politique de la santé avec l'espoir de rendre accessible à toutes et tous les prestations de la santé tout en baissant les coûts; en ces temps difficiles, c'est une exigence de la population. Il s'agit bien sûr des deux contre-projets indirects à l'initiative d'allègement des primes et à l'initiative pour un frein aux coûts, du financement uniforme des prestations et du deuxième volet de mesures visant à freiner la hausse des coûts.

Nous en sommes ce matin aux deux dernières divergences relatives au contre-projet indirect à l'initiative d'allègement des primes que le Conseil des Etats a traité le 30 mai 2023 et sur lequel il est enfin entré en matière par 24 voix contre 16 et 2 abstentions.

Il s'agit tout d'abord de l'article 65 alinéa 1a, selon lequel les cantons fixent un taux maximal des primes par rapport au revenu disponible. La divergence porte sur la dernière phrase, qui indique la compétence du Conseil fédéral pour définir la manière de calculer la prime et le revenu disponible, et que le Conseil des Etats souhaite biffer. Par 12 voix contre 12 et avec la voix prépondérante de sa vice-présidente, notre collègue Barbara Gysi, qui présidait la séance, la commission propose cependant à notre conseil de maintenir sa décision. En effet, il s'agit pour la commission de permettre la comparaison des objectifs sociaux entre les cantons, en fixant des critères de base qui permettraient de mieux cibler les catégories de revenus sur le plan fédéral.

Une forte minorité, emmenée par notre collègue de Courten, estime au contraire que ce sont les cantons qui sont les mieux placés pour remplir cette mission, notamment en fonction des différentes réalités fiscales.

Si l'on veut que les cantons assument correctement leurs responsabilités, il ne faut pas les réduire à de simples exécutants des dispositions fixées par la Confédération.

La seconde divergence, à l'article 65 alinéa 1quater, touche à la question centrale des contributions minimales. La majorité de la commission propose à notre conseil de se rallier à la décision du Conseil des Etats. Selon celle-ci, les cantons devraient désormais consacrer aux réductions de primes entre 3,5 et 7,5 pour cent des



coûts bruts cantonaux de l'assurance obligatoire des soins, en fonction de la charge représentée par les primes sur le 40 pour cent des revenus les plus bas, ce qui est juste. Pour les cantons, selon les tableaux présentés par l'administration, il en résulterait des coûts supplémentaires d'environ 356 millions de francs. Pour rappel, l'initiative entraînerait une charge supplémentaire de 805 millions pour les cantons et de 3,7 milliards de francs pour la Confédération; le projet initial du Conseil fédéral, qui prévoit un montant minimal de 3 à 7 pour cent pour les cantons, entraînerait une charge supplémentaire de 494 millions de francs. Celui-ci, repris par la minorité I (Prelicz-Huber), a été écarté en commission par 14 voix contre 11.

Il s'agit en effet d'éviter des charges trop lourdes pour les cantons, en particulier les plus faibles, et de les transférer ainsi sur les contribuables. Il a été question tout à l'heure du canton du Valais qui aurait baissé sa part cantonale dans la réduction des primes. Ce fut le cas, effectivement, en 2020, mais après de nombreuses années durant lesquelles le canton a été nettement plus généreux concernant l'octroi de ces réductions de primes que la plupart des cantons dans ce pays, alors que c'est un canton faible fiscalement.

Cela aurait un effet contraire par rapport à l'objectif majeur de la réforme, qui est de cibler l'allègement sur les personnes et familles dont le budget est fortement affecté, dans certains cantons, par la hausse des primes. Pire, cela pourrait inciter des personnes à renoncer à un revenu pour bénéficier d'une réduction individuelle des primes plus élevée.

Par 13 voix contre 10 et 2 abstentions, la commission s'est opposée à une autre proposition alternative, défendue par la minorité II (Meyer Mattea), qui s'appuie sur la conception initiale de notre conseil, selon laquelle la Confédération et les cantons devraient financer séparément les réductions de primes pour les bénéficiaires de prestations complémentaires. Pour atténuer les coûts, le montant maximal pour le reste des réductions de primes serait abaissé, de sorte que les cantons devraient les financer à hauteur de 5 à 7 pour cent des coûts bruts de l'assurance obligatoire des soins (AOS). Par analogie, les subsides de la Confédération se limiteraient à 7 pour cent des coûts bruts de l'AOS. Concrètement, cette proposition alternative engendrerait des coûts supplémentaires compris entre 690 et 800 millions de francs pour les cantons et de 1,1 milliard de francs pour la Confédération.

En conclusion, la majorité de la commission vous recommande d'éviter une surcharge des coûts pour les collectivités, tout en rappelant que l'objectif majeur du contre-projet, à savoir obliger les cantons à contenir les coûts et à cibler les réductions individuelles de primes sur les catégories de personnes qui en ont le plus besoin, est absolument respecté et correspond aux attentes actuelles de la population.

Hurni Baptiste (S, NE): Cher collègue Roduit, j'aimerais comprendre quel est précisément l'impact pour la population du contre-projet de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique de notre conseil, que vous défendez maintenant, par rapport au contre-projet initial du Conseil fédéral?

Pouvez-vous me confirmer, si je prends trois exemples, que pour le canton de Genève le projet initial de notre autorité repris par la minorité II (Meyer Mattea) ne prévoyait pas de coûts supplémentaires pour le canton et 91 millions de francs pour la population donnés par la Confédération; que pour le canton de Vaud, on prévoyait un coût de 0 à 49 millions de francs pour le canton et de 138 millions pour la Confédération; que pour le canton de Neuchâtel, on prévoyait un coût de 0 à 5 millions de francs pour le canton et de 37 millions pour la Confédération, alors que dans le contre-projet que vous défendez aujourd'hui, pour ces trois cantons, il n'y a pas 1 franc de plus pour la réduction individuelle des primes?

Roduit Benjamin (M-E, VS), pour la commission: C'est absolument juste, il n'y a pas seulement les trois cantons que vous venez de citer. J'ai les chiffres, et vous les avez également sous les yeux: il y a plus de sept cantons pour lesquels il n'y a pas d'augmentation. Pour quelles raisons? Ces cantons, d'une part, maîtrisent actuellement les coûts de la santé par des mesures ciblées et, d'autre part, avec leurs réductions individuelles de primes, ces cantons se situent nettement dans la moyenne. Il n'y a donc aucune raison de pénaliser les bons élèves dans ce pays.

AB 2023 N 1538 / BO 2023 N 1538



2. Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Prämienverbilligung) 2. Loi fédérale sur l'assurance-maladie (Réduction des primes)

Ziff. I Art. 65

Antrag der Mehrheit

Abs. 1a

Festhalten

Abs. 1quater Bst. a, 1quinquies Bst. b, 1sexies

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(de Courten, Aeschi Thomas, Buffat, Dobler, Glarner, Grin, Herzog Verena, Lohr, Roduit, Sauter, Schläpfer, Silberschmidt)

Abs. 1a

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Prelicz-Huber, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Abs. 1quater Bst. a

Festhalten

Abs. 1sexies

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit II

(Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Abs. 1quater Bst. a

Festhalten

Abs. 1quater Bst. b

b. ... so beträgt der Mindestanteil 7 Prozent der Bruttokosten.

Abs. 1sexies

Festhalten

Ch. I art. 65

Proposition de la majorité

Al. 1a

Maintenir

Al. 1quater let. a, 1quinquies let. b, 1sexies

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(de Courten, Aeschi Thomas, Buffat, Dobler, Glarner, Grin, Herzog Verena, Lohr, Roduit, Sauter, Schläpfer, Silberschmidt)

Al. 1a

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Prelicz-Huber, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Al. 1quater let. a

Maintenir

Al. 1sexies

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Proposition de la minorité II

(Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Al. 1quater let. a

Maintenir

Al. 1quater let. b

b. ... il s'élève à 7 pour cent des coûts bruts;

Al. 1sexies

Maintenir

Abs. 1a – Al. 1a

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.063/27241)

Für den Antrag der Minderheit ... 105 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 86 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1quater Bst. a, b; 1sexies – Al. 1quater let. a, b; 1sexies

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmungen gelten auch für Ziffer I Artikel 66 Absatz 2, Ziffer Ia Artikel 13 Absätze 1 und 2 sowie Ziffer II Absatz 1.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 21.063/27242)

Für den Antrag der Mehrheit ... 105 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 86 Stimmen

(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 21.063/27243)

Für den Antrag der Mehrheit ... 104 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 86 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Ziff. I Art. 66 Abs. 2

Antrag der Minderheit II

(Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Der Bundesbeitrag entspricht 7 Prozent der Bruttokosten ...

Ch. I art. 66 al. 2

Proposition de la minorité II

(Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Les subsides fédéraux correspondent à 7 pour cent des coûts ...

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Der Antrag der Minderheit II (Meyer Mattea) wurde soeben bei Ziffer I Artikel 65 Absatz 1quater Buchstaben a und b und Absatz 1sexies abgelehnt.

Ziff. Ia Art. 13 Abs. 1, 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Antrag der Minderheit I

(Prelicz-Huber, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit II

(Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Festhalten

Ch. Ia art. 13 al. 1, 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Prelicz-Huber, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2023 N 1539 / BO 2023 N 1539

Proposition de la minorité II

(Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Maintenir

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge der Minderheit I (Prelicz-Huber) und der Minderheit II (Meyer Mattea) wurde bei Ziffer I Artikel 65 Absatz 1quater Buchstaben a und b und Absatz 1sexies abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. II Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Prelicz-Huber, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Festhalten

Antrag der Minderheit II

(Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Festhalten

Ch. II al. 1

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Prelicz-Huber, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Maintenir



Proposition de la minorité II

(Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Imboden, Mäder, Maillard, Mettler, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

Maintenir

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge der Minderheit I (Prelicz-Huber) und der Minderheit II (Meyer Mattea) wurde bei Ziffer I Artikel 65 Absatz 1quater Buchstaben a und b und Absatz 1sexies abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Vorlage 2 ist bereit für die Schlussabstimmung.

Schluss der Sitzung um 11.05 Uhr

La séance est levée à 11 h 05

AB 2023 N 1540 / BO 2023 N 1540